

**Antrag 2024/B/7**  
**AfA RLP****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: Abgeordnete Europaparlament, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion****Schnelle, notwendige Investitionen für die Zukunft von Land und Bund**

1 Damit die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden können und auch die Konjunktur stabilisiert wird, ist ein großes, angelegtes, verlässliches öffentliches Modernisierungsprogramm unausweichlich. Ohne massive öffentliche Investitionen lässt sich der enorme Investitionsstau in Deutschland nicht auflösen. Für die Transformation der Wirtschaft, gute Bildung und eine moderne digitale Infrastruktur bräuchte es in den kommenden Jahren zusätzlich hunderte Milliarden Euro an Investitionen. Beim sozialen Wohnungsbau müssten Bund und Länder die öffentlichen Fördermittel eigentlich verdoppeln, damit zumindest die notwendigen 100.000 Sozialwohnungen jährlich entstehen können. Öffentliche und geschlechtergerecht ausgestaltete Investitionen stärken so den sozialen Zusammenhalt, fördern gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland und tragen zu Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Daseinsvorsorge bei - und sichern damit Wertschöpfung und die guten Arbeitsplätze von morgen.

28 Die Corona-Pandemie und die Energiepreiskrise haben den Strukturwandel nicht gebremst, sondern teilweise sogar beschleunigt und neue Handlungsfelder offengelegt. Deshalb müssen Investitionen dringend ausgeweitet werden: in den Bandausbau, eine nachhaltige Verkehrsinfra-

35 Infrastruktur, eine beschleunigte und bezahl-  
36 bare Energiewende, den Klima- und Um-  
37 weltschutz, Smarte Städte, in Forschung  
38 und Entwicklung. Viele dieser Investitionen  
39 sind nicht nur die Voraussetzungen, da-  
40 mit die Klimaziele erreicht werden können,  
41 sondern tragen maßgeblich dazu bei, weni-  
42 ger anfällig für Auswirkungen von geopoli-  
43 tischen Entwicklungen zu sein.

44 Verpasst Deutschland den Anschluss in der  
45 Transformation und im Klimaschutz, wäre  
46 das eine weitaus größere Bürde für künf-  
47 tige Generationen als ein temporär gestie-  
48 gener Verschuldungsgrad der öffentlichen  
49 Hand. Die investitionsfeindliche Schulden-  
50bremse passt nicht zu den enormen Her-  
51 ausforderungen unserer Zeit und muss ab-  
52 geschafft werden.

53 Es gibt breite gesellschaftliche Mehrhei-  
54 ten dafür, diese längst überfälligen Investi-  
55 tionen zu realisieren. Diese sind allerdings  
56 nur finanzierbar, wenn die ideologischen  
57 Schuldenregeln flexibilisiert werden. Vor al-  
58 lem in den Bereichen, die für den gesell-  
59 schaftlichen Zusammenhalt entscheidend  
60 sind, wie lebenswerte Städte und Gemein-  
61 den, bezahlbarer Wohnraum, bedarfsorien-  
62 tierter Nahverkehr, Krankenhäuser, Sport-  
63 und Freizeiteinrichtungen sowie ein hoch-  
64 wertiges Bildungssystem, wurde in den  
65 letzten Jahren viel zu wenig getan. Der  
66 akute Handlungsbedarf, gerade auch im  
67 Gesundheits- und Bildungswesen, wurde  
68 durch die Corona-Pandemie schonungslos  
69 offengelegt.

70 Eine Vielzahl von Kommunen können die  
71 steigenden Energiepreise gar nicht oder  
72 kaum noch tragen. Mögliche Folgen: Schu-  
73 len und öffentliche Gebäude wie Biblio-  
74 theken oder Verwaltungen konnten nicht

75 mehr so stark beheizt werden, energieein-  
76 tensive Infrastrukturen wie Schwimmbä-  
77 der oder Turnhallen konnten unter Um-  
78 ständen nur eingeschränkt betrieben oder  
79 mussten ganz geschlossen werden.

80 Wir fordern, dass Bund und Länder die not-  
81 wendigen Voraussetzungen treffen...

82

83 • damit die Handlungsfähigkeit der Ge-  
84 meinden gesichert werden um dringend  
85 notwendige Investitionen auf kommunaler  
86 Ebene tätigen zu können

87

88 • damit Kommunen Zugriff auf bebauba-  
89 re Flächen erhalten, um Investitionsprojek-  
90 te zu realisieren.

91

92 • damit gleichzeitig mit mehr öffentlichen  
93 Investitionen eine sozial und (geschlechter-  
94 ) gerechte, ökologische Transformation un-  
95 serer Wirtschaft angesichts von Klimawan-  
96 del, veränderter Globalisierung und Digi-  
97 talisierung gelingt. Dabei sind eine akti-  
98 ve Industrie-, Dienstleistungs- und Struk-  
99 turpolitik sowie eine bedarfsgerechte Aus-  
100 weitung von Qualifizierungs- und Weiter-  
101 bildungskapazitäten unverzichtbar.

102

103 • damit öffentliche Gelder verlässlich zur  
104 Verfügung stehen, sodass Planungssicher-  
105 heit beispielsweise in der Baubranche oder  
106 in Handwerksbetrieben herrscht. Nur so  
107 kann erreicht werden, dass genügend Ka-  
108 pazitäten aufgebaut werden, um die Inves-  
109 titionen und Projekte zu realisieren. Nicht  
110 zuletzt werden so auch private Investitio-  
111 nen angeregt.

112

113 • damit öffentliche Investitionen nicht zu-  
114 lasten von anderen Ausgaben gehen. In-

115 vestitionen in Infrastruktur, Gebäude und  
116 Anlagen funktionieren nur mit mehr, gut  
117 bezahltem und qualifiziertem öffentlichen  
118 Personal. Hier zeigt wiederum das Beispiel  
119 des Baugewerbes: Zur Verfügung stehen-  
120 de Gelder können nicht abgerufen werden,  
121 weil massiv Personal in den zuständigen  
122 Behörden fehlt und sich deshalb Genehmi-  
123 gungsverfahren teilweise über Jahre hin-  
124 ziehen. Auch weil die Baukonjunktur in Fol-  
125 ge von gestiegenen Zinsen und Baukosten  
126 droht einzubrechen, ist es besonders wich-  
127 tig, dass die öffentliche Hand hier schnell  
128 und verlässlich handelt.

129

130 • um eine umfassende Digitalisierung  
131 und Modernisierung der Verwaltungs-  
132 strukturen sowie eine Vereinfachung von  
133 bürokratischen Verfahren durchzuführen,  
134 damit Planungs- und Genehmigungsver-  
135 fahren beschleunigt werden. Insbesondere  
136 Doppelprüfungen gilt es zu vermeiden.  
137 Zudem braucht es ausreichend Personal  
138 und Fachwissen in den Planungsbehörden,  
139 um den Anforderungen gerecht zu werden.  
140 Entsprechende Weiterbildungsangebote  
141 und attraktive Arbeitsbedingungen sind  
142 hier der Schlüssel. Dabei ist sicherzustellen,  
143 dass Umweltprüfungen und die Beteili-  
144 gung der betroffenen Bürger\*innen nicht  
145 eingeschränkt werden.

146 Der Mangel an Erzieher\*innen, Lehrer\*in-  
147 nen, Pflegekräften und Personal im Öffent-  
148 lichen Personennahverkehr sind andere Pa-  
149 radebeispiele, die zeigen, dass Investitio-  
150 nen in Gebäude, Anlagen und Infrastruktur  
151 nur sinnvoll funktionieren können, wenn  
152 auch das notwendige öffentliche Personal  
153 vorhanden ist.

154

155 • damit Investitionen nachhaltig ge-  
156 fördert und abgesichert werden. Neue  
157 Beteiligungs-programme können Spiel-  
158 räume für Investitionen ermöglichen. Das  
159 kann über geänderte Abschreibungsregeln  
160 für transformationsrelevante Investitio-  
161 nen, über PPAs, Beschaffungsquoten oder  
162 Transformations-Fondsmodelle gesche-  
163 hen. Das System der Risikoabsicherung  
164 für wichtige Infrastruktur-, Energie- und  
165 Wärmeprojekte muss weiterentwickelt  
166 werden.

167

168 Personalausgaben können und sollten über  
169 ein gerechteres Steuersystem finanziert  
170 werden, während Investitionen in Infra-  
171 struktur sinnvollerweise über Kredite fi-  
172 nanziert werden.

173 Die Tilgung der Schulden, die zur Bewäl-  
174 tigung der Krisen aufgenommen wur-  
175 den, darf deshalb nicht zu Sozialabbau  
176 führen, für Einsparungen im öffentlichen  
177 Dienst missbraucht werden oder wichtige  
178 Investitionen in die Daseinsvorsorge und  
179 die sozial-ökologische Transformation be-  
180 hindern.

181 Angesichts der gewaltigen Investitionsbe-  
182 darfe ist mit einer Politik der schwarzen  
183 Null und weiterer Investitionszurückhal-  
184 tung der Unternehmen die Verkehrs- und  
185 Energiewende nicht zu bewältigen. In  
186 Anbetracht riesiger Kapitalanlagen und  
187 günstiger Finanzierungsbedingungen  
188 (Investmentfonds halten Billionensum-  
189 men bereit, die Aktienkurse liegen auf  
190 Rekordniveau, die Gewinne im letzten  
191 Jahrzehnt waren exorbitant, die Zinsen  
192 sind extrem niedrig und die Eigenkapi-  
193 talausstattung ist hoch), müssen Staat  
194 und Politik vor allem einen berechenbaren

195 Rahmen und entsprechende Investitions-  
196 anreize für die Industrie setzen, auch durch  
197 entsprechende öffentliche Nachfrage.  
198 (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung,  
199 kommunale Finanzen...) Steuergelder, die  
200 an Unternehmen gezahlt werden, müs-  
201 sen an verbindliche Standards, Vorgaben  
202 und Rückzahlungen gebunden werden.  
203 Ansonsten soll deren Einsatz an Beschäf-  
204 tigungssicherung, Qualifizierung, und  
205 soziale Absicherung beschränkt bleiben.  
206 Durch das Urteil des Bundesverfassungs-  
207 gerichts, das die Befüllung des Klima- und  
208 Transformationsfonds mit in der Corona-  
209 Krise nicht genutzten Kreditermächtigun-  
210 gen im Nachtragshaushalt 2021 für verfas-  
211 sungswidrig erklärt hat, fehlen im Klima-  
212 und Transformationsfonds für die kom-  
213 menden Jahre mindestens 60 Mrd. Euro.  
214 Auch der Wirtschafts- und Stabilisierungs-  
215 fonds ist betroffen: Hier wurden zuletzt die  
216 geplanten Gas- und Strompreisbremsen für  
217 das erste Quartal 2024 in Höhe von rund 20  
218 Mrd. Euro einkassiert.  
219 Die Folgen des Urteils bringen in erster  
220 Linie große Unsicherheiten für die Trans-  
221 formation, bezüglich der Umsetzbarkeit  
222 der geplanten klima- und transformati-  
223 onspolitischen Maßnahmen so zum Bei-  
224 spiel Achim Truger, deutscher Wirtschafts-  
225 wissenschaftler und Mitglied im Sachver-  
226 ständigenrat zur Begutachtung der ge-  
227 samtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirt-  
228 schaftsweise“). Bleiben Stromkund:innen  
229 künftig von der EEG-Umlage verschont,  
230 wird die Bahn- und Ladesäuleninfrastruk-  
231 tur wie vorgesehen gefördert, bleibt es bei  
232 der Ansiedlung der Chip- und Batteriefabri-  
233 ken, gelten die zahlreichen Förderprogram-  
234 me für Unternehmen und private Haushal-

235 te weiter? Die in Frage stehenden Maß-  
236 nahmen haben ein Volumen von durch-  
237 aus 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandspro-  
238 duktes. Wird bei ihnen gekürzt droht an-  
239 gesichts der ohnehin bereits auf der Kip-  
240 pe stehenden Konjunktur im kommenden  
241 Jahr in zweiter Linie eine erneute Rezession.  
242 Das Urteil zeigt – unabhängig von den ak-  
243 tuellen Turbulenzen – die grundlegende Re-  
244 formbedürftigkeit der Schuldenbremse im  
245 Grundgesetz. Wir fordern, dass die aktuel-  
246 le Schuldenbremse grundlegend reformiert  
247 werden muss, denn sie lässt wie jetzt er-  
248 kennbar ist, zu geringe Spielräume für öf-  
249 fentliche Investitionen und zur Konjunktur-  
250 stabilisierung und kann daher kurz- oder  
251 langfristig schwere gesamtwirtschaftliche  
252 Schäden verursachen.

253 Damit zentrale Zukunftsvorhaben trotz-  
254 dem finanziert werden können, ist ein Son-  
255 derfonds Infrastruktur einzurichten. vor.  
256 Dieses Sondervermögen soll ausschließlich  
257 für große öffentliche Investitionen in die In-  
258 frastruktur verwendet werden. Dazu gehö-  
259 ren konkret zum Beispiel:

260

261 • der Ausbau von Netzinfrastruktur für  
262 Wasserstoff und

263

264 • Ladeinfrastruktur für die e-Mobilität,

265

266 • der Ausbau der Energienetze und Reserve-  
267 kraftwerke

268

269 • Investitionen in die Bildungsinfrastruktur

270

271 • Sanierung von Brückeneispielen

272

273 • neue Wasser- oder Schienenwege.

274

275 Ein solcher Investitionsbedarf ist wegen  
276 vergangener Krisen und bestehender Jahr-  
277 hundertaufgaben nicht aus dem Kernhaus-  
278 halt zu stemmen. Er ist aber notwendig,  
279 um die deutsche Wirtschaft und damit den  
280 Wohlstand zu sichern.

281 Gemeinsam mit dem Bundesverband der  
282 Deutschen Industrie (BDI) hatten die deut-  
283 schen Gewerkschaften bereits 2019 für die  
284 traditionelle Infrastruktur ein Volumen von  
285 460 Milliarden Euro über 10 Jahre gefor-  
286 dert, basierend auf den Forschungen des  
287 Instituts für Makroökonomie und Konjunk-  
288 turforschung sowie des Instituts der deut-  
289 schen Wirtschaft. Auf Basis dieser For-  
290 schungen sollte nun der Bedarf aktualisiert  
291 werden.

292 Die USA hat es vorgemacht: Mit dem In-  
293 flation Reduction Act (IRA) wurde im Som-  
294 mer 2022 ein Gesetz verabschiedet, das mit  
295 einem starken wirtschafts- und industrie-  
296 politischen Ansatz, Antworten auf die Her-  
297 ausforderungen des Klimawandels und der  
298 sich in den USA immer weiter ausdünnen-  
299 den Mittelschicht geben will.

300 Mit dem IRA wurde in den USA ein gro-  
301 ßes Subventionsprogramm für die Transfor-  
302 mation auf den Weg gebracht: Mit Steuer-  
303 gutschriften sollen Investitionen in die En-  
304 ergiewende und klimaneutrale Industrie-  
305 produktion mit insgesamt 400 Mrd. Dollar  
306 über zehn Jahre subventioniert werden. Die  
307 Höhe der Subventionierung an Bedingun-  
308 gen gekoppelt, so erhöht die Bezahlung gu-  
309 ter Löhne „prevailing wage“ (idR. Gewerk-  
310 schaftslohn) die Basisförderung beispiels-  
311 weise um das Fünffache, so müssen Pro-  
312 dukte in den USA gefertigt werden (Local  
313 Content-Regeln).

314 Der Inflation Reduction Act sorgt für öf-



315 fentliche grüne Investitionen in Unterneh-  
316 men. Dies sorgt dafür, dass sich die Unter-  
317 nehmen aufstellen können und so wett-  
318 bewerbsfähig bleiben. Hier sollte Europa  
319 nachziehen. Wir fordern daher ergänzend  
320 zu den weiteren Forderungen des DGB,  
321 dass die SPD insgesamt und die SPD-  
322 Abgeordneten für folgende Punkte eintre-  
323 ten:

324

325 • Förderung von klimaneutralen Investitio-  
326 nen in Land und Bund

327

328 • Förderung (Zuschüsse an Unternehmen  
329 sowie Vergabe von Aufträgen in Land, Bund  
330 und EU) an Tarifbindung, Mitbestimmung,  
331 Beschäftigungserhalt und Standortsiche-  
332 rung knüpfen

333

334 • Staatliche Förderung nur in Zusammen-  
335 hang mit Standort- und Beschäftigungsge-  
336 rantien im Sinne der Guten Arbeit

337

338 • Die Stärkung der Klima- und Transfor-  
339 mationsfonds sowie einen europäischen  
340 Transformationsfond einrichten

341

342 Empfänger:innen: SPD-Landesparteitag  
343 Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktionen,  
344 SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag,  
345 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder  
346 der Bundesregierung, SPD-EU-  
347 Abgeordnete